

Michael Heine, Hansjörg Herr,  
Cornelia Kaiser:  
Wirtschaftspolitische Regime  
westlicher Industrienationen,  
Nomos Verlagsgesellschaft  
Baden-Baden 2006, 217 S. (39 €)

Der gegenwärtige konjunkturelle Aufschwung in Deutschland hat einen Glaubenskrieg etwas in den Hintergrund treten lassen, der über Jahrzehnte die wirtschaftswissenschaftliche Zunft in Atem gehalten hat. Im Kern ging – und geht – es darum, wie die unterschiedlich erfolgreichen Szenarien wirtschaftlicher Entwicklung (gemessen am Wirtschaftswachstum!) in den westlichen Industrieländern erklärt werden können und vor allem darum, wie dem »kranken Mann« (Kontinental)Europa, und hier insbesondere der wirtschaftlichen Wachstumsschwäche und ihren Folgen für Beschäftigung und Budgetdefizite in Deutschland, am besten beizukommen sei.

Das vorliegende Buch kann nun als eine keynesianisch inspirierte Replik auf jene die Auseinandersetzung dominierenden neoklassischen Argumentationsmuster angesehen werden, die schließlich in die rot-grüne Agenda 2010 geführt haben.

Dies erschließt sich bereits aus der erklärten Absicht der Autoren »der neoklassischen Allokationstheorie eine moderne keynesianische, makroökonomische Vision« (S. 197) entgegenzusetzen zu wollen. Und mit direktem Bezug zur Kontroverse ergänzen sie: »Wir versuchen ... zu belegen, dass es nicht die mikroökonomischen Deregulierungen sind, welche die unterschiedlichen Entwicklungen in den westlichen Industrieländern erklären können. Vielmehr sehen wir in einer positiven Ausgestaltung und Interaktion der zentralen ökonomischen Bereiche den Schlüssel zur Erklärung der unterschiedlichen Entwicklungen in den Industrieländern während der letzten Jahrzehnte« (S. 12). Mit anderen Worten: Nicht die einzelnen Maßnahmen zur Liberalisierung der Wirtschaft im allgemeinen und zur Entsicherung der Arbeitsverhältnisse im besonderen könnten Wachstum hier (in den USA und Großbritannien zum Beispiel) und Stagnation dort (unter anderem in Deutschland

und Japan) erklären, sondern die »Ausgestaltung und Interaktion der zentralen ökonomischen Bereiche« – diese werden als »makroökonomisches Regime« gefasst.

Im expliziten Gegensatz zum neoklassischen Paradigma, das von konkreten Räumen und historischer Zeit abstrahiert und Unsicherheit im ökonomischen Handeln aus ihren Modellen verbannt, gehen die Autoren davon aus, dass »Ökonomien durch Unsicherheiten und systemische Risiken geprägt sind« (S. 16), die von den jeweils spezifischen historischen Rahmenbedingungen abhängig sind. Dementsprechend bilden sich räumlich und historisch konkret jeweils spezifische Marktconstellationen (makroökonomische Regime) heraus, die die Grenzen und Spielräume wirtschaftlicher Entwicklung determinieren. Diese in einem gesellschaftlichen Umfeld verorteten ökonomischen Regime werden – so die Autoren – durch das in Raum und Zeit jeweils spezifische Zusammenspiel insbesondere der relevanten makroökonomischen Bereiche der Geldpolitik, der Fiskalpolitik und der Lohnentwicklung sowie der außenwirtschaftlichen Einbettung eines Landes charakterisiert. Aus der länderbezogenen Analyse dieser Regime, in denen unter den Bedingungen einer kapitalistischen Geldwirtschaft der zentralbankgesteuerten Geldpolitik (Zinspolitik) zentrale Bedeutung zukommt, wird im Buch anschließend versucht, die bemerkenswert unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklung der Länder USA, Deutschland, Japan und Großbritannien seit den 1980er Jahren zu erklären. Die Ergebnisse dieser Fallstudien sind durchaus bedenkenswert. Sie fördern neben jeweils länderspezifischen Einsichten auch eine Reihe allgemeiner Erkenntnisse zutage.

So zeigt die Analyse überzeugend, dass es nicht Allokationsverbesserungen und Liberalisierungsschritte sind, die die Wachstumsdynamik eines Landes zu erklären vermögen, sondern dessen makroökonomische Konstellation (vgl. S. 96 ff).

Ferner wird verdeutlicht, dass die Lohnpolitik keineswegs den insbesondere im merkantilistisch ausgerichteten Deutschland immer wieder beschworenen unmittelbaren Einfluss auf die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes hat. Diese wird vielmehr unter den Bedingungen flexibler Wechselkurse im wesentlichen

durch Wechselkursveränderungen bestimmt, die von den nationalen Tarifparteien selbst beim besten Willen nicht kontrolliert werden können (vgl. S. 124 ff). Ein durch die Fixierung auf die Weltmarktkonkurrenz inspirierter Lohnverzicht vermag daher keine hinreichende Garantie für Wachstums- und Beschäftigungserfolge zu liefern, »vor allem dann nicht, wenn die Inlandsnachfrage schwach bleibt« (S. 158). Denn die »Lohnentwicklung determiniert eben das Preisniveau und nicht das Beschäftigungsniveau« (S. 200).

Schließlich plädieren die Autoren für eine konsequente Unterscheidung zwischen den politisch steuerbaren Elementen eines makroökonomischen Regimes und marktendogenen Prozessen, die sich prinzipiell politischer Gestaltung entziehen. Insbesondere wird dadurch die im Maastrich-Vertrag zur europäischen Wirtschafts- und Währungsunion beschworene und von EZB und EU-Kommission vehement eingeforderte Kontrolle des Budgetdefizits ad absurdum geführt. Die Analyse zeigt nämlich, »dass die Entwicklung der Budgetsalden kurz- bis mittelfristig von der wirtschaftlichen Entwicklung geprägt ist und sich nicht politisch beliebig steuern lässt« (S. 169).

Das provoziert – und dessen sind sich die Autoren auch bewusst – die Frage nach den Möglichkeiten und Grenzen politischer Steuerung bzw. nach den politischen Spielräumen für die absichtsvolle Herstellung eines »wünschenswerten« makroökonomischen Regimes. Auch diesbezüglich haben die Autoren erstaunliches zu vermelden. Denn positive Regime sind nämlich weitgehend »Glücksache« (S. 96). »So können sich positive ... Regime ergeben, ohne dass dies das Resultat einer koordinierten makroökonomischen Politik sein muss. Bei einem negativen ökonomischen Regime ist sowieso nicht davon auszugehen, dass es das bewusste Resultat einer koordinierten Wirtschaftspolitik war« (S. 21). Damit wird allerdings ein wichtiges, wenn nicht gar das wichtigste Anliegen des Buches überhaupt zum einem Gutteil »entwertet«. Denn wenn die politischen Akteure positive wirtschaftspolitische Regime nicht bewusst schaffen können, dann ist es auch weitgehend gleichgültig, welche theoretischen Modellannahmen ihrem Handeln zugrunde liegen. Mehr noch,

es widerspricht elementar dem Wesen eines konkurrenzgetriebenen kapitalistischen Wirtschaftssystem, wenn sich die Autoren mehr politische Einsicht wünschen und mit überraschender Naivität fordern, »einzelne Länder sollten sich unseres Erachtens nach nicht auf Kosten anderer einen Wettbewerbsvorteil verschaffen, sondern alle Länder sollten sich gleichermaßen um eine funktionale Entwicklung in allen Bereichen des Regimes bemühen« (S. 54). Mit den Worten eines scharfsinnigen Analysten der auf den Wert gegründeten Produktionsweise aus dem 19. Jahrhundert kann diesen »frommen« Wünschen entgegengehalten werden: »Die kapitalistische Produktion könnte sich überhaupt nicht entwickeln, wenn sie sich in allen Sphären gleichzeitig und gleichmäßig entwickeln müsste« (Marx).

Schließlich muss leider noch angemerkt werden, dass der höchst bedenkenswerte und sorgfältig entwickelte Inhalt des Buches in einem bedauerlichen Missverhältnis zur Form steht. Dieses Buch hätte sicher mehr editorische Sorgfalt verdient.

ARNDT HOPFMANN

**Bernd Greiner:**  
**Krieg ohne Fronten – Die USA in Vietnam, Hamburger Edition 2007, 595 S. (35 €)**

Materialreich beschreibt der Historiker Bernd Greiner, wie ein militärischer Konflikt zu einem Gewaltexzess eskaliert. Riesige Waldgebiete wurden durch »Agent Orange« vernichtet, Millionen Hektar Land durch Herbizide vergiftet. Der Anteil der Zivilisten unter den Kriegsoptionen war extrem hoch und lag bei mindestens 40 Prozent. Tausende von Dörfern wurden dem Erdboden gleichgemacht. In der Regel wird über den Vietnam-Krieg geschrieben, »ohne dass der Krieg als solcher beschrieben wird«, kritisiert Greiner, Mitarbeiter des Hamburger Instituts für Sozialforschung.

Greiner stützt sich auf Auswertungen aus Unterlagen der Peers-Kommission. Die Untersuchungskommission der US-Armee hat unter Leitung des Generals William Peers umfangreiche Dossiers über die Gewaltverbre-

chen in Vietnam erstellt. Die weit über hundert Archivboxen der US-Kommission hat Greiner als Erster systematisch ausgewertet. Der vierbändige Abschlussbericht wurde Ende der 70er Jahre zunächst nur in verkürzter Version veröffentlicht.

Schwerpunkt des Buches sind die von amerikanischen Bodentruppen verübten Kriegsverbrechen. Wobei das Abschlagen der gesamten Bevölkerung im vietnamesischen Dorf My Lai im März 1968 kein Einzelfall war. Vielmehr gab es viele kleine und größere Massaker. Hunderttausende Vietnamesen wurden überdies zwangsweise umgesiedelt und mussten jahrelang in Lagern vegetieren.

Der Krieg war nicht nur der längste Krieg im »Kalten Krieg«. Nirgendwo sonst wurden so viele Zerstörungsmittel eingesetzt. Über Vietnam warfen Kampfflugzeuge der US-Armee mehr Bomben ab als auf allen Schauplätzen des Zweiten Weltkriegs zusammen. Der Historiker Greiner setzt der Legendenbildung, die USA seien in den Guerilla-Krieg hineingeschlittert, Fakten gegenüber. Die antikommunistische Domino-Doktrin ging bei einer politischen Umwälzung Vietnams von einem Verlust ganz Südostasiens an den Kommunismus aus.

Warnungen, dieser Krieg sei nicht zu gewinnen, gab es reichlich. Die US-Administration verschärfte jedoch ihre Strategie gegen die Zivilbevölkerung. Wie Zwangsvorstellungen zu politischen Fehlern führen, zeigen nun wieder die Entscheidungen der Bush-Regierung zum Irak. Von daher ist das über 500 Seiten umfassende Werk ein sehr aktuelles Buch.

MARCUS SCHWARZBACH

**Chris Holmsted Larsen:**  
**Tiden arbejder for os – DKP og Vietnamkrigen 1963-1973.**  
 Multivers Kopenhagen 2007,  
 248 Seiten, 279 Dkk. (35 €)  
 (Die Zeit arbeitet für uns –  
 Die DKP und der Vietnamkrieg)

*Die Zeit arbeitet für uns* – im Zusammenhang der internationalen Bewegung gegen den Krieg in Vietnam hatte dieser Satz eine doppelte Bedeutung. Einerseits spiegelt er den überra-

schenden Optimismus, der in den vorgeblich »bleiern« Zeiten vor 1968 in der Linken existierte. Andererseits aber reflektiert er den Glauben an einen linearen Fortschritt, dessen Spuren selbst über zwanzig Jahre nach der Katastrophe des Nationalsozialismus in den kommunistischen Parteien Westeuropas noch existierten. Die dänische KP war in dieser Hinsicht keine Ausnahme. Das eben erschienene Buch von Chris Holmsted Larsen über ihre Rolle in der Protestbewegung gegen den Krieg in Vietnam der 1960er und frühen 1970er Jahre analysiert die grundlegende Ambivalenz dieser beiden Hoffnungen auf andere Zeiten. Der Kampf zwischen einer jugendlich und aktionistisch geprägten »neuen« und einer an den Idealen der Arbeiterbewegung orientierten »alten« Linken brachte ihren Gegensatz auf den Punkt.

Das dänische Beispiel – und speziell die Bewegung gegen den Vietnamkrieg – ist in diesem Zusammenhang aus mehreren Gründen auch jenseits der Grenzen des kleinen südsandinavischen Staates interessant. Erstens existierte eine »neue« Linke in Dänemark verhältnismäßig früh. Es war vor allem die strikte Verortung der KP im »östlichen« Lager, die nach dem ungarischen Aufstand von 1956 einen Teil der Partei, einschließlich ihres damaligen Vorsitzenden Aksel Larsen zu einer »blockfreien« und linkssozialistischen Neugründung bewog. Die seit 1960 parlamentarisch außerordentlich erfolgreiche *Sozialistische Volkspartei* war eine im europäischen Maßstab bedeutende Erneuerung der linken Parteiszene, während die dänische KP in derselben Periode ein Schattendasein als vorläufig letztes Gehege der Anhängerschaft des »realen« Staatssozialismus östlicher Prägung sowie einer traditionalistischen Arbeiterpolitik zu führen gezwungen war.

Mit dem Bedeutungszuwachs und der öffentlichen Wirksamkeit der sozialen Bewegungen setzten sich seit Mitte der 1960er Jahre die Konflikte um die Orientierung der sozialistischen Parteien fort, die sich schon einige Jahre zuvor gezeigt hatten. Dabei war die Neuzusammensetzung der dänischen (und europäischen) Linken ein komplizierter Prozess, der schnell nicht mehr alleine auf den Konflikt zwischen KP und den neuen, linkssozialistischen Strömungen reduziert werden konnte. So gab es innerhalb der

dänischen KP durchaus Kräfte, für die der neue Internationalismus, der im Zuge der Befreiungsbewegungen und der Dekolonialisierung überall einen Aufschwung erlebte, eher die Richtschnur des Handelns waren als die Beschlüsse, die die kommunistischen Parteien der Welt auf ihren internationalen Foren fassten. Immer wieder kam es deshalb zum innerparteilichen Streit und zu Ausschlüssen, zuerst gegenüber der »maoistischen«, dann gegenüber der eher am Aktivismus der neuen Jugendbewegung orientierten Fraktion innerhalb der Partei.

Hinzu kam zudem, dass der Vietnamkonflikt auch »außenpolitisch« nicht einfach zu hantieren war. Die Sowjetunion entschied sich durchgehend gegen ein militärisches Eingreifen, eine Entscheidung, die einerseits der Logik der Aufteilung von »Einflusszonen«, andererseits der drohenden Gefahr einer atomaren Eskalation geschuldet war. Die Führung der dänischen KP unterstützte diese Politik grundsätzlich. Ihr Beharren auf der Einhaltung des Genfer Abkommens von 1954, die damit verbundene Verurteilung des Eingreifens der USA, die Kritik am immer mehr sich zuspitzenden Vernichtungskrieg und die Forderung nach der Anerkennung Nordvietnams entsprang aus dieser Position der »Nicht-Einmischung«. Die Forderung eines Teiles der inner- und außerparteilichen »neuen« Linken nach der Einrichtung von »internationalen Brigaden« und die – eher als Letzteres auch praktisch umgesetzte – »einseitige« Sammlung von Geld zugunsten der FNL, dass unspezifisch als »nicht alleine zu humanitären Zwecken« gespendet wurde, stand dauernd in einer mehr oder weniger offenen Spannung zu den Mehrheitspositionen, die sich innerhalb des Apparates der KP geltend machen.

Larsen betont, dass sich diese Politik gerade nicht – wie es auch in der dänischen Forschung gerne verbreitet wird – einseitig aus der Außenpolitik der SU ableitete. Vielmehr erzeugte gerade die relative Offenheit der Politik der SU gegenüber Vietnam die Chance, aber auch das Problem, dass die westeuropäischen kommunistischen Parteien ihre Position gegenüber der jeweiligen nationalen Regierung relativ eigenständig bestimmen konnten und mussten. Die dänische KP versuchte etwa nicht ohne Erfolg, den Widerspruch zwischen »neutralistischen« Stimmungen und einer offen US-freundlichen Außenpolitik innerhalb der regierenden So-

zialdemokratie Mitte der 1960er Jahre zu betonen und auszunutzen. Dabei half ihr die nach wie vor starke Verankerung in der Gewerkschaftslinken, den Druck auf die Sozialdemokraten zu erhöhen. Der Aufschwung der Antikriegsbewegung in den USA und Westeuropa, der in Dänemark durch Massendemonstration am 21. Oktober 1967 und durch die Abhaltung der zweiten Sitzung des internationalen Russel-Tribunals im November/Dezember markiert wurde, brachte zusätzlichen Rückenwind.

Die Spaltung der Antikriegsbewegung, die 1968 immer offensichtlicher wurde und am Ende dazu führte, dass der neu gegründeten parteinahen Kampagne *Vietnam 69* schließlich eine militante und, was die aktivistische Seite betrifft, weitaus erfolgreiche Gruppierung namens *De danske Vietnamkomiteer* (DDV) gegenüberstand, wirkte schließlich doppelt: Einerseits artikuliert sich in ihr der Konflikt zwischen der Orientierung auf die Praxis der Bewegungen und der Orientierung auf Gewerkschaften, Institutionen und das Parlament. Andererseits ergab sich, wie Larsen hervorhebt, auch eine Art sinnvoller Arbeitsteilung, die allerdings unter den zeitgenössischen Akteurinnen und Akteuren angesichts von Verrats- und Vasallen-Vorwürfen sowie Ausschlüssen und, last but not least, den üblichen linken Eitelkeiten, kaum gesehen wurde. Am Ende standen drei bemerkenswerte Resultate, die sich die dänische Antikriegsbewegung als Ganze zuschreiben kann: etwa 1969 bis 1971 kam es zu einer auch im transnationalen Maßstab bemerkenswerten Welle der Mobilisierung – Zehntausende beteiligten sich an Demonstrationen, Besetzungen usw., die nicht selten in heftigen Konflikten mit der Polizei endeten. Nach 1971 erkannte die sozialdemokratische Jørgensen-Regierung, die ihr Mandat zwei Jahre lang durch die Tolerierung der Sozialistischen Volkspartei erhielt, als eine der ersten westeuropäischen Staaten Nordvietnam an und folgte damit in der Fußspur Olaf Palmes.

Was die kommunistische Partei betrifft, so geriet deren auf den ersten Blick für eine nicht im Parlament vertretene Gruppierung insgesamt recht effektive Positionierung in eine Krise, als die Truppen des Warschauer Paktes im August 1968 die reformsozialistisch regierte ČSSR überfielen. Larsen schildert, wie der Schock, der die Besetzung auslöste, dazu führte,

dass sich die kommunistische Tageszeitung *Land og Folk* sowie zunächst sogar die Parteispitze offen distanzieren. Allerdings änderte diese Distanzierung letztlich nichts daran, dass die dänische KP sich weiterhin dem Staatssozialismus verschrieb. In der ersten Hälfte der 1970er Jahre schien diese Positionierung noch durchaus Erfolg zu versprechen, denn nach einer nationalistisch angehauchten Kampagne gegen den Eintritt in die Europäische Gemeinschaft gelang es der KP nach 1973 tatsächlich, wieder für einige Jahre einen Platz im dänischen Parlament zu erobern.

Insgesamt bringt Larsens Arbeit Fragen auf die Tagesordnung, die für die Historiografie der europäischen Linken bedeutend sind; die Konflikte zwischen Partei und Bewegung, zwischen Innen- und Außenpolitik oder zwischen Aktivismus und »Diplomatie«. Auch in der Praxis der aktuellen sozialen Bewegungen existieren diese Konfliktfelder. Es ist eine Stärke der vorliegenden Arbeit, dass Larsen historiografisch genau argumentiert und einen zugespitzten Fokus hat, der eine genaue Rekonstruktion ermöglicht. Das Buch argumentiert auf einer Quellenbasis, die neben einer Analyse der Berichterstattung in den kommunistisch orientierten dänischen Printmedien die internen Parteiquellen systematisch und gründlich einbezieht. Es handelt sich um eine der ersten Arbeiten, die auf dieser Grundlage entstanden sind, seitdem das Archiv der DKP 1991 an das Archiv der Arbeiterbewegung in Kopenhagen übergeben wurde. Zugleich jedoch schreibt sich die Studie in eine eher unbefriedigende Forschungssituation ein. Die Fragen, die sie stellt, werden leider nicht unbedingt beantwortet. In der Tat gibt es auch in Dänemark eine Polarisierung der Forschung über die »1968er Jahre«, die zwischen mitunter durchaus sehr interessanten Texten, die von Zeitzeugen verfasst werden, und der »offiziellen«, oft sowohl oberflächlichen als auch wenig innovativen Debatte über die Verschwörungen des »Kalten Krieges« wenig Raum lässt.

Immerhin sind in den letzten Jahren einige wichtige und interessante Texte entstanden, die den Zusammenhang zwischen der Antikriegsbewegung der frühen 1960er und den Protesten gegen den Vietnamkrieg (Hein Rasmussen/Nordentoft) ebenso beleuchten wie die Kampagne *Vietnam '69* (Nyboe Jensen) oder die Geschichte der DDV (Johansen/Gluud; Magnus-

sen et al.). Und auch ein Projekt der Universität Roskilde über die Geschichte der »1968er Jahre«, das unter anderem mit systematischen Zeitzeugeninterviews arbeitet, gibt Anlass zur Hoffnung, dass die Reproduktion älterer Vorurteile über die sozialen Bewegungen auch in Dänemark nicht das letzte Wort ist.

PETER BIRKE

**Michael Eckardt:**  
**Medientheorie vor der**  
**Medientheorie. Überlegungen im**  
**Anschluß an Georg Klaus.**  
**Reihe: Network; Cultural Diversity**  
**and New Media, Bd. 4, trafo verlag**  
**Berlin 2005, 107 S. (12,80 €)**

Das von dem jungen Nachwuchswissenschaftler Michael Eckardt vorgelegte Buch ist, gleichviel, ob man dem Autor in seinen Aussagen folgt oder ihnen kritisch gegenübertritt, zur Lektüre empfehlenswert. Der bekannte Philosoph Georg Klaus wird mit einer Vielzahl von Texten (in Buch- und in Zeitschriftengestalt) – teils bejahend, teils kritisierend – zitiert, um seine Vorreiterrolle in der Entwicklung einer Medienwissenschaft aufzuzeigen und zugleich den Werdegang des Klauschen Gedankengebäudes über den Verlauf von etwa 20 Jahren sichtbar zu machen. Damit wird der Leser animiert, zu den Werken selbst zu greifen. Die gründliche Erfassung der einschlägigen Veröffentlichungen von Georg Klaus und die nachgezeichnete Geschichte sind lobenswert.

Selbstverständlich kann eine Beurteilung des Beitrags von Georg Klaus zu einer Medientheorie nicht vorgenommen werden, ohne auf den gegenwärtigen Stand der und den Diskurs zur Medienwissenschaft Bezug zu nehmen. Der Verfasser stellt beides in konzentrierter, aber auch wünschenswert ausführlicher Weise dar. Dies leisten die Kapitel »2. MEDIUM UND MEDIENTHEORIE« mit den Hauptabschnitten »2.1 Begriffsbestimmung »Medium – Medien«; »2.2 Medientheorie(n)« sowie »2.3 Medientheoretische Ansatzpunkte im Werk von Georg Klaus« und »3. ZENTRALE KATEGORIEN BEI GEORG KLAUS« mit den Hauptabschnitten »3.1 Der Komplex Sprache – Semiotik –

Zeichen als Grundlage und Mikroebene der Kommunikation« und »3.2 Das kybernetische Modell der Makroebene der Kommunikation«. Der wissenschaftstheoretische und wissenschaftsgeschichtliche Umgang mit dem Gedankengut Georg Klaus' wird im Kapitel »5. Schlußbetrachtung und Ausblick« in die Zukunft weisend abgerundet, indem auf eine Reihe Ansätze und Anregungen im Klaus'schen Werk für anstehende wissenschaftliche Untersuchungen zur Weiterentwicklung der Medientheorie verwiesen wird (S. 89 f.).

Auf zwei Schwierigkeiten, denen der Verfasser gegenübersteht, ist noch hinzuweisen. Dies nicht nur deshalb, weil er ihnen zwar teils souverän, teils aber auch unzureichend gegenübertritt, sondern weil sie auch anderen Denkern gegenwärtig entgegentreten.

Einerseits muss er die am naturwissenschaftlichen Denken orientierte Modellbildungen von Georg Klaus in seine geisteswissenschaftliche übersetzen. Andererseits braucht er eine differenzierte Kenntnis der ideologischen Arbeit der SED ab 1945, um sich überhaupt in die politischen Intentionen von Georg Klaus, z. B. in »Sprache der Politik«, hineindenken zu können. Stellenweise unterliegt Michael Eckardt bezüglich des Geschichtlichen in seinem Urteil nachteilig Einflüssen von Veröffentlichungen zur »Aufarbeitung der SED-Diktatur« (W. Bergsdorf, N. Kapferer, P. Ch. Ludz u. a.), die Themen zur ideologischen Arbeitsweise in den DDR-Medien und in der alltäglichen Agitation gewidmet sind. So entgeht ihm aus daraus folgender selektiver Unaufmerksamkeit an vom Verfasser kritisierten Klaus'schen Textstellen dessen Betonung des humanistischen Anspruchs an die sozialistischen Medien, die eine Manipulation der Menschen verbieten (z. B. »Sprache der Politik« S. 16 und 28).

Ein Beispiel für die erstgenannte Schwierigkeit ist das von Georg Klaus in »Sprache der Politik« (S. 144 f.) herangezogene »Gesetz der Informationseinengung und -erweiterung«. Dieses – als objektiv real gefasste – Gesetz betrifft die Informationsverarbeitung in hochkomplexen kybernetischen Systemen. Der Autor interpretiert es wie eine politische subjektive Vorgabe für die ideologische Arbeit, indem er formuliert: »das so programmierte kybernetische System« (S. 69). Dagegen erläutert Georg Klaus die Gesetzeskenntnis als Herausforderung zu einer

angemessenen Verhaltensweise in der Medientätigkeit bzw. der Agitation. Er wendet damit den allgemeinen materialistischen Grundsatz an: »Freiheit entspringt der Einsicht in die Notwendigkeit«. Klaus geht es um eine wissenschaftlich begründete Agitation bzw. Medienarbeit.

Im Kapitel »4: Ziel der Klaus'schen Theoriebildung und die Eignung als Medientheorie« gibt Michael Eckardt (S. 60) eine Aussage von Georg Klaus wieder, die die seinerzeitige Zielstellung der SED-Führung für die politische Agitation beinhaltet. Diese kann man nicht gleichsetzen mit dem Anliegen von Georg Klaus bei »Sprache der Politik«, nämlich der Herausarbeitung einer politischen Wissenschaft. Dadurch, dass Michael Eckardt diese beiden Zielstellungen nicht deutlich trennt, gleiten ihm Gedanken von »Diktatur-Aufarbeitern« aus deren Darstellung über politische Agitation in der DDR in seine Untersuchung Klaus'scher Ergebnisse. Die Überschrift von 4.1 macht dies schon deutlich: »Normierung der Sprache – Normierung des Denkens«. Der Verfasser rückt mit Zitaten entsprechender Autoren (S. 69) hier in die Nähe einer Gleichsetzung von ideologischer Arbeit in der DDR mit Orwells Konstruktionen in dessen Buch »1984«. Georg Klaus ging es bei seinen sich auf Logik, Semiotik und Kybernetik stützenden Darlegungen nie um eine »Neusprache« im Orwellschen Sinn, mittels derer Sprache und Denken der Bevölkerung normiert werden könnten. Dergleichen Modellvorstellungen erledigen sich für Georg Klaus schon alleine durch seine Orientierung an der Kybernetik (Regulation statt Steuerung).

Wie der Titel der Reihe, in der Michael Eckardt sein Buch veröffentlichen konnte, »Network; Cultural Diversity and New Media« offeriert, verdeutlicht der Verfasser, dass für die Entwicklung der Medientheorie die Diversität hinsichtlich des Beitrags von dem sich als Kommunist und DDR-Bürger verstehenden Georg Klaus im Wechselverhältnis zu Beiträgen aus der Bundesrepublik fruchtbar erweist. Wünschenswert ist in diesem Zusammenhang eine kommentierte Neuauflage von »Sprache der Politik«, eventuell erweitert um den Vergleich zweier Zeitungen aus dem zweigeteilten Berlin, wie er als Anhang in einer nicht erschienenen früheren Fassung dieses Werkes beigegeben war.

HELMUT METZLER